

Newsletter Integration und Migration

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Thüringer Innenminister: Potenziale nutzen

Minister besucht Fachtagung des Thüringer Volkshochschulverbandes
Integrationspolitik setzt nach Worten Geiberts zwei Schwerpunkte: Zum einen die Vermittlung von Sprachkenntnissen, um darauf aufbauend im zweiten Schritt die Menschen in Arbeit vermitteln zu können. „Integration kann nur gelingen, wenn entscheidende Akteure daran mitwirken. Integrationspolitik kann nur einen Rahmen vorgeben, der von Unternehmen und Wirtschaft ausgefüllt wird“, so Geibert. Es bestehe akuter Handlungsbedarf, wenn es darum geht, die Potenziale von Migrantinnen und Migranten auszuschöpfen und diese in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Angesichts der demographischen Entwicklung und den sich daraus ergebenden Folgen für den Arbeitsmarkt kann es sich unsere Gesellschaft nicht leisten, zugewanderte und bleibeberechtigte Menschen abseits und sich selbst zu überlassen.“ „Selbst dem letzten Zweifler machen diese Zahlen deutlich, dass wir in unserer Gesellschaft alle brauchen“, so Geibert weiter.

In den Ausführungen hob Geibert besonders den wichtigen Beitrag der Volkshochschulen mit der koordinierenden Rolle hinsichtlich der berufsbezogenen Deutschförderung in Thüringen hervor. Die zweite große Herausforderung ist die Anerkennung fachlicher Kompetenzen der Zuwanderer, um eine Vergleichbarkeit zu deutschen Abschlüssen zu gewährleisten und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Weiter warb Geibert dafür, dass Unternehmen und Betriebe attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Oft sind diese entscheidend, ob jemand nach Thüringen zuwandert und sich integriert oder ob er einen großen Bogen um Thüringen macht. Geibert dankte zugleich dem Thüringer Volkshochschulverband für seine Arbeit. Mit der Vermittlung der deutschen Sprache werde eine wesentliche Hürde für die Integration beseitigt.

Quelle: Medieninformation 162/2012
Thüringer Innenministerium

Thüringen wirbt jetzt verstärkt um ausländische Facharbeiter

Eine schnellere Anerkennung von Berufsabschlüssen soll den erhofften Zustrom von Ausländern in Thüringer Firmen beschleunigen. 200.000 Fachkräfte fehlen bis zum Jahr 2020. Unternehmen mit hohen Löhnen registrieren erste Rückkehrer. Erfurt. Thüringen wirbt jetzt verstärkt um ausländische Facharbeiter, um den Bedarf an gut qualifizierten Kräften in den Unternehmen zu decken. Bis zum Jahr 2020 fehlen 200.000 Mitarbeiter, während im gleichen Zeitraum nur 100.000 Schulabgänger nachrücken. Allein im Vorjahr blieb jede vierte freie Stelle in den Betrieben unbesetzt, weil es nicht ausreichend deutsche Bewerbungen geeigneter Interessenten gab, bestätigte das Thüringer Wirtschaftsministerium. Ein Grund sei der geringe monatliche

Bruttodurchschnittslohn für gewerblich Beschäftigte von 2290 Euro pro Vollzeitstelle, der immer noch deutlich unter dem ost- und westdeutschen Durchschnitt liege. "Wir brauchen deshalb auch den Zuzug ausländischer Fachkräfte", sagte Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD).

Nachdem in einem ersten Schritt junge Ungarn als Auszubildende für die Unternehmen angeworben wurden, werden jetzt die Hürden etwa auch für tschechische oder spanische Facharbeiter gesenkt, so die Erfurter Industrie- und Handelskammer (IHK). "Gerade die dramatische Lage auf dem Arbeitsmarkt in Ländern wie Spanien oder Portugal eröffnet Thüringer Betrieben ganz neue Chancen, hochqualifizierte Mitarbeiter für ihr Team zu gewinnen", sagt Erfurts Hauptgeschäftsführer Gerald Grusser.weiter S. 2

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Thüringer Innenminister: Potenziale nutzen	1
Thüringen wirbt jetzt verstärkt um ausländische Facharbeiter	1
Projekt „TraBi 2020“ ab 2013 an mehreren Standorten	2
Ehrenamtliche für Job-Mentoren gesucht	2
Fotoausstellung „Angewandte“	2
WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND	3
Migranten bei der Berufswahl weiter im Nachteil	3
Migrationsberatung leistet spürbare Hilfe	3
Statistik: Migrantenanteil in deutschen Großstädten wächst	4
Studie zu Deutschtürken	5
Mehr ausländische Absolventen	5
Zahlen zum Bleiberecht	6
Studie belegt Diskriminierung	6
Kopftuchverbot in Privatwirtschaft rechtswidrig	6
Freizügigkeit: Bundestag beschließt Änderungen	6
Zwischenbilanz zum Anerkennungsgesetz	6
GLOBALE NACHRICHTEN	7
Ausländer finden schnell einen Job	7
NEUIGKEITEN DER EU	7
Sacharow-Menschenrechtspreis	7
Schengen-Raum: 2. Bericht	7
Einwanderungs-/Asylpolitik: Simulationsspiele für Schulen	7
FÖRDERTÖPFE	8
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	9
Impressum	9

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Fortsetzung Seite 1

Ein neues "Anerkennungsgesetz" garantiere deshalb allen Personen mit einem ausländischen Berufsabschluss einen Rechtsanspruch auf ein "Verfahren zur Anerkennung ihrer Qualifikationen". Personen, denen die volle Gleichwertigkeit ihrer Auslandsqualifikation bescheinigt wird, haben fortan die gleichen Rechte wie Personen mit einem deutschen Prüfungszeugnis. "Dies baut frühere Barrieren ab und hat stimulierende Auswirkungen bis in die Bezahlung hinein", so Grusser. Im Bereich seiner Kammer kümmere sich eine zentrale Stelle um die Prüfung und Bewertung von beruflichen Abschlüssen. Die Erfurter Kammer hofft, dass damit potenzielle ausländische Bewerber ihre bisherige Zurückhaltung aufgeben werden. Das Potenzial wäre in jedem Fall vorhanden, sagt Grusser. So wanderten allein im letzten Jahr rund 1000 Personen aus dem Ausland nach Thüringen ein. Vor allem der Metall- und Elektrobereich, das Gastgewerbe und die Transportbranche suchten händeringend nach qualifiziertem Nachwuchs. Hier seien ausländische Fachkräfte willkommen. In der Thüringer Industrie sieht man beim Thema "ausländische Fachkräfte" große Unterschiede zwischen tarifgebundenen Unternehmen und solchen, die niedrigere Löhne zahlen. "Jeder vierte Betrieb in der Metall- und Elektrobranche zahlt inzwischen Tariflohn und ist damit westdeutschen Firmen weitgehend ebenbürtig. Hier können wir die ersten Rückkehrer aus dem Westen begrüßen, was die personelle Situation der Unternehmen spürbar entspannt", sagt Inge Schubert, Sprecherin des Verbandes der Wirtschaft Thüringens. Auch das Thüringer Handwerk leidet zunehmend unter dem Mangel an Fachkräften. Der Grund: viele gut ausgebildete Handwerker seien in letzter Zeit in andere Branchen abgewandert, so der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Erfurt, Thomas Malcherek. "Ausländer rein dem Fachkräftemangel entgegenzutreten", so lautet auch das Thema einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung heute Abend im Erfurter Haus Dacheröden.

Quelle: Dietmar Grosser / 17.10.12 / Thüringer Allgemeine

Projekt Transfer und Bildung - TraBi 2020 ab 2013 an mehreren Standorten

Nach einem erfolgreichen Start in Erfurt in diesem Jahr, wird das Projekt im nächsten Jahr in weiteren Regionen in Thüringen stattfinden. TraBi ist ein neuartiges Projekt in Thüringen und beinhaltet zwei Komponenten: ein Bildungsprojekt mit Bildungsberatung sowie ein Vernetzungs- und Transferprojekt. Das Projekt richtet sich an Drittstaatsangehörige aller Altersgruppen, die bereits einen Integrationskurs absolviert haben. TraBi findet in Thüringen in fünf Regionen statt. Die Gesamtkoordination des Projektes erfolgt in Erfurt. Grundlage und Basis von TraBi 2020 ist das Bildungsprojekt. Die sechsmonatige Qualifizierung besteht aus unterschiedlichen, auf einander abgestimmten Modulen.

Interessierte Teilnehmer sowie Standorte können sich gern an uns wenden, unter anita.mueller@internationaler-bund.de. Weitere Informationen finden Sie hier: <http://www.integration-migration-thueringen.de/fachdienst/content/trabi.htm>

Ehrenamtliche für Job-Mentoren gesucht

Mit einem modellhaften Projekt „Integration durch Qualifizierung – Regionales Netzwerk für Thüringen“ wird versucht, die zuständigen Regelinstitutionen bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesagentur für Arbeit.

In einer der operativen Maßnahmen des Regionalen Netzwerkes für Thüringen werden unter anderem Ehrenamtliche zu Job-Mentoren ausgebildet. Die Finanzierung der Qualifizierung von Job-Mentoren erfolgt über das Projekt. Die Job-Mentoren sind individuelle Begleiter, welche die Zugewanderten in die Arbeitswelt aktiv unterstützen wollen. Dabei werden sie mit anderen Interessierten an dieser Aufgabe arbeiten. In den Schulungen können sie sich fundiertes Wissen über kulturelle Besonderheiten der hier lebenden MigrantInnen aneignen und ebenso lernen, die eigene "Kulturbrille" wahrzunehmen und sie kritisch zu hinterfragen. Darüber hinaus werden sie mit Konfliktlösungsstrategien vertraut gemacht, um besser zwischen Zugewanderten und Einheimischen vermitteln zu können. Schließlich werden die Job-Mentoren in interkulturelle Empowerment-Methoden eingeführt. Der Einsatz von Job-Mentoren in der beruflichen Prozesskette für die arbeitsbezogene Integration von MigrantInnen stellt nicht nur eine stabilisierende Ergänzung der Arbeit der Integrationsfachkräfte dar, sondern erfüllt zugleich den interkulturellen Imperativ der Willkommenskultur vor Ort. Die Kooperation des Netzwerkes der Thüringer Wirtschaft e. V. mit dem Integrationsbeirat Jena sichert ein genaues Matching von diversen Partnern in der jeweiligen Prozesskette für berufliche Integration ab.

Wir bieten eine neue Schulung für Jobmentoren an:

Beginn der Schulung: 06.02.2013

Abschluss der Schulung: 26.06.2013

Anmeldung: bis zum 31. Januar 2013

Ansprechpartner für Rückfragen und die Anmeldung für die Qualifizierung ist Frau Dr. Kristina Nowak, BWTW e. V., Tel: 03641 637590.

Quelle: BWTW e.V. (gekürzt)

Fotoausstellung „Angekommen?“

Am 27.11.2012 wurde im Zentrum für Integration Erfurt die Fotoausstellung mit dem Thema „Angekommen?“ eröffnet. Vorgestellt werden Portraits von Frauen, Männern und Jugendlichen als Zuwanderer. Die Ausstellung wirbt für Begegnungen, Gespräche, Kennenlernen, Toleranz und fruchtbares Miteinander. So werden Brücken in die Welt gebaut und dargestellt, wie die Welt nach Thüringen geholt wird. Schirmherrin der Wanderausstellung „Europäisches Forum. Frauen, Männer, junge Leute in Thüringen. Angekommen?“ ist die Ausländerbeauftragte von Thüringen, Frau Hess. Die Initiatoren sind das Institut für Interkulturelle Kommunikation e.V. und die Maria Pawlowna Gesellschaft e.V. Gern möchten wir Sie in das Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt (ZIM) einladen.

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Migranten bei Berufsbildung weiter im Nachteil

Am 18. Oktober diskutierte der Deutsche Bundestag den aktuellen Berufsbildungsbericht. Während die Bundesregierung eine positive Bilanz zog, kritisierte die Opposition fehlende Perspektiven für benachteiligte Jugendliche und forderte zusätzliche Ausbildungsplätze.

Die Ausbildungsplatzsituation für junge Menschen in Deutschland hat sich insgesamt verbessert. Dies geht aus dem bereits im Mai vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) veröffentlichten Berufsbildungsbericht 2012 hervor (BT-Drs. 17/9700). Demnach ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Ausbildungsjahr 2010/11 leicht gestiegen (2011: 570.140; 2010: 559.960; +1,8 %). Auch gab es zum Stichtag 30. September deutlich mehr freie Ausbildungsplätze (2011: 29.689; 2010: 19.605; +51,4 %) als unversorgte Bewerber (2011: 11.550; 2010: 12.255; -5,8 %). Die Zahl der unversorgten Bewerber berücksichtigt jedoch nicht die 294.294 jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz im sogenannten Übergangsbereich. Hierbei handelt es sich um Jugendliche, die meist aufgrund fehlender Qualifikationen keinen Ausbildungsplatz bekommen haben und an Fördermaßnahmen teilnehmen. Ebenfalls nicht erfasst sind die rund 1,5 Mio. jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsabschluss. Aus dem Bericht geht ferner hervor, dass sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt für Migranten und deren Nachfahren leicht verbessert hat, diese aber weiterhin deutlich benachteiligt sind. Da weder Schulstatistik noch Berufsbildungsstatistik neben der Staatsangehörigkeit auch den Migrationshintergrund erfassen, sind die erhobenen Zahlen nicht auf alle Jugendlichen mit Migrationshintergrund übertragbar.

Schulabschluss: Immer noch verlassen mehr als doppelt so viele ausländische Jugendliche die Schule ohne Abschluss (2010: 12,8 %; 2009: 13,8 %) wie deutsche Jugendliche (2010: 5,4 %; 2009: 5,8 %). Darüber hinaus sind die Schulabschlüsse ausländischer Jugendlicher insgesamt niedriger als die der deutschen Schüler. Beides führt schon bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz zu Nachteilen für ausländische Jugendliche.

Ausbildungsbeteiligung: Ausländische Jugendliche waren 2010 mit 33,5 % in der Berufsausbildung deutlich unterrepräsentiert (2009: 31,4 %). Das heißt, lediglich ein Drittel aller ausländischen Jugendlichen im entsprechenden Alter hat einen neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag in der Tasche. Bei deutschen Jugendlichen lag der Anteil derjenigen, die an einer Berufsausbildung teilnehmen, mit 65,4 % fast doppelt so hoch (2009: 64,3 %). Bei den jungen Frauen in beiden Gruppen fällt diese sogenannte Ausbildungsbeteiligungsquote jeweils niedriger aus als bei den Männern.

Übergangsbereich: Es befinden sich überproportional viele Bewerber mit Migrationshintergrund in den Qualifikationsmaßnahmen des Übergangssystems, wie der deutlich höhere Anteil der Ausländer in diesem Bereich (15,8 %) im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil (8,5 %) vermuten lässt.

Benachteiligung: Ergebnisse einer Übergangsstudie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hatten im vergangenen Jahr gezeigt, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund deutlich weniger von der besseren Ausbildungsmarktlage profitieren als junge Menschen ohne Migrationsgeschichte. Ihre Erfolgsaussichten, einen Ausbildungsplatz

zu finden, seien aufgrund der „Selektionsprozesse der Betriebe bei der Vergabe ihrer Ausbildungsplätze“ grundsätzlich geringer, heißt es in dem BIBB-Bericht. Niedrigere Schulabschlüsse würden mit geringerer Leistungsbereitschaft assoziiert und die Ausbildungsbetriebe würden diese Eigenschaft dann allen Jugendlichen mit Migrationshintergrund zuschreiben. Dies betrifft Bewerber mit türkischen und arabischen Wurzeln in besonderem Maße, wie auch andere Untersuchungen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und des BIBB zeigen.

Debatte: In Deutschland wurde im September 2012 die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa gemessen (8 % der unter 25-Jährigen). Im europäischen Durchschnitt sind es 22,7 %, in einigen Ländern über 50 %. Die Bundesregierung ist daher grundsätzlich zufrieden. Der „Abbau der Zugangsbarrieren in Ausbildung und Beschäftigung für Jugendliche mit Migrationshintergrund“ sei nun vorrangiges Ziel, um die Integration voranzutreiben, heißt es im Berufsbildungsbericht. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) forderte die Arbeitgeber auf, mehr junge Migranten auszubilden. Böhmer sagte: „Migranten auszubilden heißt, in die eigene Zukunft zu investieren.“ Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen kritisierte, dass Böhmers Beitritt zum Ausbildungspakt „für die Integration im Ausbildungsbereich folgenlos“ geblieben sei (BT-Drs. 17/9586). Auch die SPD-Fraktion beanstandete, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund „weiterhin das Nachsehen“ haben (BT-Drs. 17/10116). Die Fraktion Die Linke fordert einen „grundlegenden Kurswechsel“, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. In ihrem Antrag schlug sie die gezielte Förderung von Betrieben vor, die verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund ausbilden (BT-Drs. 17/10856). Alle drei Oppositionsfraktionen kritisierten, dass viele Jugendliche trotz verbesserter Wirtschaftslage gar keinen Ausbildungsplatz bekommen und im Übergangsbereich „geparkt“ würden. Um dies zu ändern, forderten SPD und Linke eine Ausbildungsgarantie. Bündnis 90/Die Grünen plädierten für ihr Förderprogramm Dual-Plus, bei dem „insbesondere markteteiligte Jugendliche und junge Menschen mit Förderbedarf“ in überbetrieblichen Lernorten ausgebildet werden sollen.

Thomas Hummitzsch

Weitere Informationen:

www.bmbf.de, www.bundestag.de,

www.bundesregierung.de, www.bibb.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 09/2012

Migrationsberatung leistet spürbare Hilfe

Die Migrationsberatung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wird zunehmend genutzt und verbessert nachweislich die wirtschaftliche und berufliche Situation vieler Zuwanderer. Das zeigt die Auswertung der Daten zum ersten Halbjahr 2012. Bis zur Jahresmitte haben bundesweit insgesamt 164.465 Zuwanderer eine der rund 600 Beratungseinrichtungen in Deutschland aufgesucht. Das ist ein Plus von 14 Prozent zum Vorjahr. Die Ratsuchenden kommen aus allen Ländern der Erde. Die weitaus größte Gruppe bilden dabei Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion mit einem Anteil von rund 27 Prozent. ..weiter Seite 4

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

... Die zweitgrößte Gruppe stammt aus der Türkei (13 Prozent). Ebenso vielfältig wie die Herkunftsländer und -kulturen sind auch die Fragen und Probleme, mit denen die Zuwanderer eine Beratungsstelle aufsuchen. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen zu Existenzsicherung, Arbeitssuche, Aus- und Weiterbildung, Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse, Wohnungssuche sowie familiäre und gesundheitliche Probleme.

Eine erhebliche Hürde für die Teilhabe am Leben in Deutschland sind mangelnde Deutschkenntnisse. So wurde bei 72 Prozent aller Ratsuchenden ein Sprachförderbedarf festgestellt. Die Beratungsgespräche werden daher häufig in den Herkunftssprachen geführt und die Ratsuchenden bei Bedarf in Integrations- und Sprachkurse vermittelt.

Erhebliche finanzielle Entlastung der öffentlichen Kassen

Ein großer Erfolg der Migrationsberatung zeigt sich vor allem in der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation vieler Zuwanderer. So verminderte sich der Anteil der Ratsuchenden, die zu Beginn Arbeitslosengeld II bezogen hatten, von rund 52 Prozent auf 35 Prozent bei Beratungsende. Damit trägt die Migrationsberatung zur Entlastung der öffentlichen Haushalte bei: Die Bundesagentur für Arbeit spart bei einer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt Unterstützungsleistungen für die betroffenen Zuwandererfamilien. Auf der anderen Seite profitieren Staat und Sozialversicherungsträger von zusätzlichen Steuern und Beitragseinnahmen. Die aus dem Bundeshaushalt finanzierten Personalausgaben für die Beratungskräfte sind also gut angelegt. An den Kosten der Migrationsberatung beteiligt sich der Bund mit jährlich rund 25,7 Millionen Euro.

Wichtiges Thema: Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse

Ein wichtiges Thema der Beratung ist auch die Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse. Seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes am 1. April 2012 sind die Anfragen zu Berufsqualifikationen deutlich gestiegen. Im ersten Halbjahr 2012 kamen insgesamt 13.900 Ratsuchende mit einem ausländischen Bildungsabschluss, der in Deutschland formal nicht anerkannt war, zur Beratung. Das bedeutet eine Steigerung um 13 Prozent zum Vorjahr. Die Beratungsstellen informieren über das Anerkennungsverfahren und verweisen an die zuständigen Anerkennungsstellen.

Spärbare Hilfe in schwierigen Lebenslagen

Auch in schwierigen Lebenslagen leistet die Migrationsberatung spürbare Hilfe: Bei beruflichen und finanziellen Problemen sowie in gesundheitlichen, familiären und psychosozialen Notsituationen konnten die Beratungsdienste in fast 30 Prozent der betreuten Fälle eine Lösung oder zumindest eine Verbesserung erreichen. Die Erhebungsergebnisse machen deutlich, dass den Zuwanderern am besten geholfen werden kann, wenn die Beratungsstellen gemeinsam mit den zuständigen Behörden, Bildungsträgern, Therapeuten und (Selbst-)Hilfeorganisationen an einem Strang ziehen und gemeinsam nach Lösungen suchen. So konnte in 27 Prozent der wirtschaftlich prekären Fälle mit Hilfe von Kooperationspartnern eine Verbesserung erreicht werden, ohne Unterstützung gelang dies nur in 3 Prozent der Fälle. Eine nachhaltige Netzwerkarbeit der Akteure vor Ort stellt daher eine unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Beratungsarbeit und eine erfolgreiche Integration der Zuwanderer dar. Die Aktivitäten und Bemühungen des Bundesamtes werden dadurch bestätigt.

Hintergrund

Mit der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer stellt der Bund seit acht Jahren ergänzend zu den Integrationskursen ein zusätzliches Integrationsangebot zur Verfügung, das Hilfestellungen in allen Lebenslagen bietet. Angeboten werden die Beratungsleistungen durch die großen Wohlfahrtsverbände wie Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland sowie dem Bund der Vertriebenen.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Statistik: Migrantanteil in deutschen Großstädten wächst

Eine Zusammenstellung des statistischen Landesamtes Berlin-Brandenburg auf Anfrage von „Migration und Bevölkerung“ bietet erstmals einen Überblick über die Bevölkerungen mit Migrationshintergrund in den 15 größten deutschen Städten.

Die Zahlen basieren auf dem Mikrozensus. Insgesamt leben in Deutschland derzeit rund 16 Mio. Personen mit Migrationshintergrund. Dies entspricht einem Anteil von 19,5 % an der Gesamtbevölkerung. In Großstädten ist der Migrantanteil deutlich höher. In 9 der 15 Städte ist der Migrantanteil von 2005 bis 2011 gestiegen. Gemessen in absoluten Zahlen gab es sogar in 12 von 15 Städten in diesem Zeitraum einen Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (siehe Tabelle).

In absoluten Zahlen leben am meisten Zuwanderer und ihre Nachkommen in Berlin (861.800), München (532.000) und Hamburg (482.000). Prozentual ist ihr Anteil in Frankfurt/Main (43 %), Stuttgart (38 %) und Nürnberg (37 %) am höchsten. In stark von Einwanderung geprägten Stadtteilen, wie etwa München Milbertshofen – Am Hart, Berlin-Neukölln (Ortsteil), oder dem Frankfurter Gallus-Viertel liegt der Anteil bei mindestens 50 %.

Quelle: Migration und Bevölkerung 09/2012

Migranten in Großstädten							
Großstadt	Bevölkerung insgesamt 2011, in Tausend	Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2011, in Tausend	Anteil 2011, in %	Bevölkerung insgesamt 2005, in Tausend	Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2005, in Tausend	Anteil 2005, in %	Trend
Berlin	3.475	862	25%	3.390	751	22%	++
Hamburg	1.792	482	27%	1.739	450	26%	-
München	1.354	487	36%	1.254	426	34%	-
Köln*	1.007	317	31%	928	304	33%	-
Frankfurt/M.	581	294	43%	648	249	38%	++
Stuttgart	607	231	38%	591	237	40%	-
Düsseldorf*	589	189	32%	573	180	31%	-
Dortmund*	580	170	29%	588	162	28%	-
Essen*	574	130	23%	587	120	20%	-
Bremen	548	159	29%	547	142	26%	++
Dresden**	524	39	7%	487	37	7%	0
Leipzig**	532	44	8%	511	44	9%	-
Hannover	522	158	30%	516	160	31%	-
Nürnberg	506	189	37%	492	187	37%	0
Duisburg*	489	109	22%	504	126	25%	++

Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, wer im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, und wer ein Elternteil hat, das zugewandert ist oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt. Auch Kinder von in Deutschland geborenen Ausländern, die später eingebürgert wurden, fallen in diese Kategorie.

* Nordrhein-Westfalen verwendet eine leicht abweichende Definition (vgl. Ausgabe 10/08). Bei den Städten in NRW werden Kinder von hier geborenen eingebürgerten Deutschen nicht als Personen mit Migrationshintergrund gezählt. Da diese Personengruppe noch sehr klein ist, sind die Abweichungen bislang marginal (<1 %).

** In Dresden und Leipzig waren die Ergebnisse aus dem Mikrozensus aufgrund der geringeren Fallzahlen nicht repräsentativ. Die hier verwendeten Zahlen stammen aus dem Einwohnermelderegister.

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Studie zu Deutschtürken

Personen mit türkischem Migrationshintergrund weisen einen hohen Integrationswillen in die deutsche Gesellschaft auf. Zugleich besteht eine starke emotionale Bindung zur Türkei. Diese und weitere Ergebnisse gehen aus einer repräsentativen Umfrage der Info GmbH sowie des in Antalya ansässigen Meinungsforschungsinstituts Liljeberg Research International hervor. Die Ergebnisse der Studie „Deutsch-Türkische Lebens- und Wertewelten“ wurden am 17. August in Berlin vorgestellt. Sie basiert auf einer telefonischen Befragung von 1.011 Personen mit türkischem Migrationshintergrund. Nach 2009 und 2010 wurde die Studie nun zum dritten Mal erhoben.

Basisdaten: Insgesamt leben in Deutschland rund 2,7 Mio. Bürger mit türkischem Migrationshintergrund, von denen nur knapp ein Viertel (23 %) die deutsche Staatsangehörigkeit hat. Die Studie bezieht sich auf die rund 2 Mio. Deutschtürken ab 15 Jahren. 27 % der Befragten sind in Deutschland geboren.

Bildung und Arbeit: 42 % der Befragten haben ihren höchsten Schulabschluss in Deutschland erworben. Insgesamt verfügen 24 % über einen höheren Schulabschluss bzw. das Abitur, 18 % über einen mittleren Schulabschluss und 57 % über einen niedrigen oder keinen Schulabschluss. 67 % der Befragten sind voll berufstätig, 10 % sind arbeitslos oder befinden sich in Fortbildungs- bzw. Umschulungsmaßnahmen (bei Frauen 33 %).

Heimatempfinden: Auf die Frage, welches der beiden Länder sie als Heimat empfinden, antworteten 39 %, dass dies eher auf die Türkei zutreffen würde. Nur 15 % empfanden Deutschland eher als ihre Heimat (2009: 21 %, 2010: 18 %). 45 % gaben an, dass sie beide Länder gleichermaßen als ihre Heimat ansehen. Bei jungen Deutschtürken ist die emotionale Bindung zu Deutschland jedoch stärker ausgeprägt als bei älteren. In der Gruppe der 15- bis 29-Jährigen sahen 26 % eher Deutschland als ihre Heimat und 32 % eher die Türkei.

Rückkehr: In allen Altersgruppen, auch bei den in Deutschland geborenen Deutschtürken, besteht eine relativ hohe Bereitschaft zur „Rückkehr“ in die Türkei (45 %), wobei diese v. a. bei den 30- bis 49-Jährigen stark ausgeprägt ist (55 %). Nur ein geringer Teil (5 %) hat jedoch konkrete Rückkehrpläne für die nächsten zwei Jahre. Als wichtigster Grund für eine Rückkehr wurde genannt, dass die Türkei das Heimatland sei (67 %). 57 % gaben an, dort als Rentner leben zu wollen und 39 % nannten das „schönere Wetter“ als Grund. 10 % der Befragten nannten das schwierige Verhältnis zu Deutschland und den Deutschen als Grund für eine Rückkehr in die Türkei. Persönliche Diskriminierungserfahrungen sind im Vergleich zu den früheren Studien gesunken (2012: 29 %, 2010: 42 %).

Sprache: Bei der Frage nach Sprachkenntnissen und Sprachsicherheit sind besonders große Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen erkennbar. Insgesamt gaben 31 % der Befragten an, besser Deutsch als Türkisch (69 %) zu sprechen. Bei den 15- bis 29-Jährigen ist die deutsche Sprache als Erstsprache wesentlich stärker ausgeprägt (70 %) als bei den 30- bis 49-Jährigen (26 %) oder den über 50-Jährigen (8 %). Konsens besteht darüber, dass Kinder von klein auf Deutsch lernen (92 %) und eine Kinderta-

Selbstempfinden und Religion: Die Studie geht zudem auf die Einstellung zur eigenen Position in Deutschland sowie zur Religion ein. Wie in der Studie von 2010 stimmten 95 % der Befragten der Aussage zu, dass es wichtig sei, die eigene türkische Kultur auch in Deutschland zu bewahren. 87 % sahen die deutsche Gesellschaft in der Pflicht, stärker auf die Gewohnheiten der türkischen Gemeinschaft Rücksicht zu nehmen (2010: 83 %). Der Wille, „unbedingt und ohne Abstriche“ zur deutschen Gesellschaft dazuzugehören, ist gegenüber den vorherigen Studien stark gestiegen (2012: 75 %, 2010: 59 %, 2009: 53 %). Andererseits zeigt die Umfrage auch Tendenzen einer zunehmenden Abgrenzung sowie religiöse Ressentiments: 62 % gaben an, dass sie am liebsten nur mit Türken zusammen seien (2010: 40 %). 72 % sehen den Islaals „einzig wahre“ Religion. 25 % empfinden Atheisten als „minderwertige Menschen“. Im Hinblick auf Juden und Christen sagten dies 18 % bzw. 8 %. Der Anteil derjenigen, die sich als „streng religiös“ einschätzen, ist von 33 % (2009) auf 37 % (2012) gestiegen. In der Gruppe der 15- bis 29-Jährigen bewerteten 63 % der Befragten die umstrittene kostenlos Koran verteilt und er Salafisten als „gut“ oder „sehr gut“ (31 % bei den über 50-Jährigen).

Reaktionen: Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland Kenan Kola sagte, dass die Deutschtürken Teil der deutschen Gesellschaft sein wollten, dabei aber zugleich ihre

kulturellen Besonderheiten weiterhin ohne Diskriminierung ausleben können müssten. Notwendig seien eine Öffnung und Anpassung sowohl der Zuwanderer als auch der deutschen Aufnahmegesellschaft. „Wir sind ein Einwanderungsland geworden, aber noch nicht eine Einwanderungsgesellschaft“, sagte Kolat einem Fernsehinterview. Die ehemalige Ausländerbeauftragte von Berlin und Ombudsfrau für die Opfdes rechtsextremen Terrors Barbara John (CDU) warnte davor, die Ergebnisse der Studie als wachsende Radikalisierung zu interpretieren. Vielmehr näherten sich die Lebensstile von jungen Deutschen und Deutschtürken zunehmend an: „Je ähnlicher sich die Menschen werden, desto mehr brauchen sie ein Abgrenzungsmerkmal“, sagte John.

Weitere Informationen: www.infogmbh.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 07/2012

Mehr ausländische Absolventen

Fast jeder zehnte Hochschulabsolvent hatte im Prüfungsjahr 2011 einen ausländischen Pass. Die meisten Auslandsabsolventen waren Chinesen (13 %), Türken (7 %) oder Russen (5 %), wie das Statistische Bundesamt im September mitteilte. Die Zahl der ausländischen Absolventen hat sich damit seit dem Jahr 2000 verdreifacht, von damals 12.791 auf 38.332 im Jahr 2011. Das waren 2.900 Studenten mehr als im Prüfungsjahr 2010 (+8 %). 79 % der ausländischen Absolventen waren zum Studium nach Deutschland gekommen. 21 % hatten bereits ihre Studienberechtigung hier erworben.

Am häufigsten machten die ausländischen Hochschulabsolventen dabei ihren Bachelorabschluss (fast 28 %), rund jeder Zehnte schloss erfolgreich seine Promotion ab. www.destatis.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 08/2012

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Zahlen zum Bleiberecht

Zum Stichtag 30. Juni 2012 haben immer noch 85.138 Personen mit einer Duldung in Deutschland gelebt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung vom 10. August auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Bleiberecht hervor (Bt-Ds. 17/10451). Über 45 % der Betroffenen leben seit mehr als sechs Jahren hier. Bei weiteren 50.081 Personen ist der Aufenthalt gestattet, weil sie sich in einem Asylverfahren befinden. Ohne Aufenthaltstitel und damit ausreisepflichtig waren Ende Juni 30.585 Personen. Von der sogenannten Altfallregelung für langjährig Geduldete (§§ 104a, 104b AufenthG) haben demnach nur 3.416 Personen profitiert. Etwa 1.450 Jugendliche und Heranwachsende haben einen Aufenthaltstitel auf der Basis ihrer guten Integration erhalten. 46.139 Personen lebten zum Stichtag mit einer vorübergehenden Aufenthaltserlaubnis aus humanitären oder persönlichen Gründen in Deutschland. Die Bundesregierung beruft sich in ihrer Antwort auf neueste Zahlen aus dem Ausländerzentralregister. <http://dip21.bundestag.de>
Quelle: Migration und Bevölkerung 07/2012

Studie belegt Diskriminierung

Laut einer Anfang August veröffentlichten Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes beklagen vier von zehn Menschen mit ausländischen Wurzeln Benachteiligungen. Im Rahmen einer Untersuchung wurden mehr als 9.200 Menschen in verschiedenen deutschen Ballungsräumen befragt. Insgesamt gaben 42 % der Befragten mit Migrationshintergrund an, in mindestens einem der acht untersuchten Lebensbereiche benachteiligt worden zu sein. Jeder Fünfte bestätigte Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt. 29 % der Schüler und Studierenden türkischer Herkunft sowie 36 % der Muslime in dieser Personengruppe fühlten sich schon einmal von Lehrern oder Professoren benachteiligt. Die Umgangsformen in Ämtern wie Arbeitsagenturen und Ausländerbehörden wurden ebenfalls von rund einem Drittel der Befragten als diskriminierend empfunden. Befragte ohne Migrationshintergrund nahmen im Schnitt nur halb so oft Benachteiligungen wahr.
www.antidiskriminierungsstelle.de
Quelle: Migration und Bevölkerung 07/2012

Kopftuchverbot in Privatwirtschaft rechtswidrig

Das Tragen des muslimischen Kopftuchs darf in der Privatwirtschaft kein Grund für die Ablehnung einer Bewerberin sein, wenn keine objektiven Gründe für das Ablegen des Kopftuchs vorliegen. Dies entschied das Arbeitsgericht Berlin bereits im März 2012, das Urteil wurde erst Mitte Oktober öffentlich (Az. 55 C 1 2426/12). Ein Zahnarzt hatte eine aus dem Irak stammende Muslima nicht als Auszubildende eingestellt, weil diese in der Praxis ihr Kopftuch nicht ablegen wollte. Der Zahnarzt muss nun 1.470 Euro Entschädigung an die Frau zahlen, weil er die Ablehnung mit dem Kopftuch begründet hatte. Er hatte damit gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verstoßen.

Das Tragen des Kopftuches sei eine unmittelbare Ausübung der Religion selbst, Kopftuch und Trägerin würden eine unmittelbare Einheit bilden, begründeten die Richter. Im öffentlichen Dienst und bei zahlreichen konfessionellen Trägern sind dagegen Ausnahmeregelungen zugelassen.
Quelle: Migration und Bevölkerung 09/2012

Freizügigkeit: Bundestag beschließt Änderungen

Der Bundestag hat am 26. Oktober mit den Stimmen der Koalition Änderungen des Freizügigkeitsgesetzes beschlossen (Bt-Drs. 17/11105). SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich, die Linke stimmte dagegen. So werden künftig Lebenspartner von Unionsbürgern rechtlich genauso behandelt wie deren Ehepartner. Aus Entlastungsgründen abgeschafft wurde die Freizügigkeitsbescheinigung. In das Gesetz wurde eine „Missbrauchsklausel“ eingebracht, mit der die Freizügigkeitsrechte entzogen werden dürfen, wenn im Nachhinein eine Scheinehe zwischen Unionsbürgern und Einwanderern aus Drittstaaten festgestellt wird. Die Fraktionen von Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen befürchten nun eine verschärfte Überprüfung binationaler Ehen. Die strittige Frage, ob Familiennachzug nur im Härtefall möglich ist, wurde nicht geklärt. Ein entsprechendes Urteil des EuGH, der in einem Fall ein Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik eröffnet hatte, weil diese den Zuzug direkter Verwandter entgegen der Vorgaben nur im Härtefall zuließ, fand im vorgelegten Gesetzentwurf keine Berücksichtigung.
dip21.bundestag.de
Quelle: Migration und Bevölkerung 09/2012

Zwischenbilanz zum Anerkennungsgesetz

Ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ – des sogenannten Anerkennungsgesetzes – zog die zuständige Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) eine positive Bilanz. Das große Interesse an den neuen Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zeige sich an den Zugriffszahlen auf das Online-Angebot „Anerkennung in Deutschland“, sagte Schavan am 24. Oktober. Seit der Freischaltung am 1. April 2012 hätten sich dort mehr als 180.000 Besucher informiert. Für Berufe der Industrie- und Handelskammer (IHK) wurden rund 1.500 Anträge gestellt und fast 270 positive Anerkennungsbescheide erteilt. Weitere Zahlen von Stellen, die das Anerkennungsverfahren durchführen, wurden allerdings nicht genannt. Eine erste Vollerhebung ist für Anfang 2013 vorgesehen. Die Anzahl der Verfahren sei „dramatisch niedrig“, kritisierte der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz.
www.bamf.de, www.anerkennung-in-deutschland.de
Quelle: Migration und Bevölkerung 09/2012

GLOBALE NACHRICHTEN

Ausländer finden schnell einen Job

OECD-Studie: Deutschland holt bei der Integration von Migranten stark auf Von Dorothea Siems
Deutschland hat bei der Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt in den vergangenen zehn Jahren große Fortschritte gemacht. Auch wandern heute mehr Hochqualifizierte in die Bundesrepublik ein als noch vor einem Jahrzehnt. Dies zeigt der erste internationale Integrationsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Großen Nachholbedarf bescheinigen die Experten allerdings dem hiesigen Öffentlichen Dienst: In keinem der 34 OECD-Länder ist der Anteil der Migranten in der Verwaltung, im Gesundheitswesen, im Bildungssystem und anderen öffentlichen Sektoren geringer als in Deutschland.

"Deutschland gehört zur Spitzengruppe bei der Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern", sagte der Integrationsexperte der OECD, Thomas Liebig. Insgesamt stieg in Deutschland die Beschäftigungsquote unter den Ausländern von 57 Prozent im Jahr 2000 auf 64 Prozent. Damit hat sich die Bundesrepublik in sehr kurzer Zeit ins Mittelfeld vorgearbeitet. Noch deutlich besser steht allerdings die **Schweiz** da, wo von vier Migranten drei berufstätig sind. Nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt sind Ausländer häufiger als die einheimische Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen. Hierzulande ist vor allem bei Frauen die Erwerbsquote der Zuwanderer deutlich niedriger als bei den Deutschen.

Beim Bildungsniveau der Migranten und ihrer Kinder zeichnet sich eine positive Entwicklung ab. So stieg in Deutschland der Anteil der Hochqualifizierten unter den Zuwanderern in den vergangenen zehn Jahren um zwölf Prozentpunkte. Noch deutlich höher war dieser Anstieg nur in **Dänemark** und Luxemburg. Allerdings schneiden die traditionellen Einwanderungsländer Kanada, **Australien**, **Neuseeland** und auch Großbritannien beim Wettbewerb um die klügsten Köpfe nach wie vor weit besser ab als Deutschland.

In diesen Staaten weisen die Zuwanderer im Schnitt sogar ein höheres Bildungsniveau auf als die einheimische Bevölkerung. Grund ist die gezielte Auswahl qualifizierter Zuwanderer. Auch die Akademikerquote ist unter den Migranten der zweiten Generation höher als unter der heimischen Bevölkerung. Hierzulande haben junge Ausländer hingegen immer noch häufiger als die Deutschen keinen oder nur einen Hauptschulabschluss.

Die OECD-Studie zeigt aber, dass es vielen jungen Migranten hierzulande trotz mäßigen Schulerfolgs gelingt, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. "Verglichen mit deutschen Jugendlichen, die nur eine geringe Schulbildung haben, sind die Zuwandererkinder sogar am Arbeitsmarkt erfolgreicher", konstatiert Liebig.

Arbeitnehmer mit ausländischen Wurzeln sind in Deutschland jedoch fast ausschließlich in der privaten Wirtschaft zu finden. Wie die OECD rügt, sind die Migranten in keinem anderen Mitgliedstaat im Öffentlichen Dienst so unterrepräsentiert wie hier.

Lesen Sie mehr: http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_wirtschaft/article111791138/Auslaender-findenschnell-einen-Job.html#ixzz2E41dH6Mv

Quelle: WELT KOMPAKT.

NEUIGKEITEN DER EU

Sacharow-Menschenrechtspreis

Zwei iranische Aktivisten, die Anwältin Nasrin Sotoudeh und der Filmemacher Jafar Panahi, haben gemeinsam den diesjährigen Sacharowpreis gewonnen. Die anderen zwei Finalisten waren der weißrussische Bürgerrechtler Ales Bialiatski und die russische Punk-Band Pussy Riot. Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit, benannt nach dem sowjetischen Physiker und Menschenrechtsaktivisten Andrej Sacharow, wird seit 1988 jedes Jahr vom Europäischen Parlament an Individuen oder Gruppen verliehen, die einen wichtigen Beitrag zum Kampf für Menschenrechte und Demokratie geleistet haben. Das Preisgeld beträgt 50.000 Euro. Parlamentspräsident Schulz wird den Preis auf einer feierlichen Sitzung des Europäischen Parlaments am 12. Dezember 2012 in Straßburg überreichen. Quelle: EU KOMP@KT 19-2012

Schengen-Raum: 2. Bericht

Am 23. November 2012 hat die EU-Kommission den zweiten Halbjahresbericht über die Lage im Schengen-Raum vorgelegt, der den Zeitraum vom 1. Mai bis 31. Oktober 2012 umfasst. Demnach ist die Zahl der illegalen Einwanderer zwischen April und Juni dieses Jahres um über 40% im Vergleich zum ersten Halbjahr gesunken. Allerdings sind die Grenzübertritte an der türkisch-griechischen Landgrenze um 29% angestiegen. 56% aller Grenzübertritte wurden in diesem Grenzabschnitt aufgedeckt, der nach wie vor eine zentrale Einreisestelle für irreguläre Migranten in der EU ist. Nachdem im August 2011 etwa 1.800 Grenzschutzbeamte an diesem Grenzabschnitt eingesetzt worden waren (Operation Shield), wurden die Kontrollen dort deutlich verschärft. Gleichzeitig ergaben Überprüfungen bei Mitgliedstaaten, dass erhebliche Mängel bei der Anwendung der Schengen-Regeln etwa im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit, des Datenschutzes und der Visavergabe bestehen. Quelle: EU KOMP@KT 21-2012

Einwanderungs-/Asylpolitik: Simulationsspiele für Schulen

Das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in München bietet ab Januar 2013 eine neue Serie von Simulationsspielen zur Einwanderungs- und Asylpolitik an. Das Spiel soll die Arbeit der Europäischen Union, insbesondere des EU-Parlaments, erfahrbar machen. Schülerinnen und Schüler im Alter von 15-19 Jahren erhalten die Gelegenheit, sich in die Rolle von Entscheidungsträgern hineinversetzen. Die neue Simulationsspielserie befasst sich mit den Bereichen demographische Entwicklung, Migration von Arbeitskräften und ihren Familien, Akzeptanz von Flüchtlingen und Asylanten sowie Integration von Migranten. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur Diskussion mit Abgeordneten des EU-Parlaments. Örtliche und regionale Medienvertreter werden eingeladen, den Fortgang des Simulationsspiels und die Diskussionen mit dem/den Europaabgeordneten zu verfolgen. Die Teilnahme am Simulationsspiel ist kostenlos. Quelle: EU KOMP@KT 21-2012

FÖRDERTÖPFE

Ausschreibung lokaler Netzwerke zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Monitoring- und Bildungspatenschaftsprojekten

- Frist verlängert bis zum 31. Dezember 2012 -

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt in Kooperation mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration die „Aktion zusammen wachsen“, weil Mentoring- und Patenschaftsprojekte ...

- ... wichtige Partner für Bildungseinrichtungen und Eltern sind, um Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zu Bildung und beruflichem Erfolg individuell zu fördern
- ... die Integration junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland stärken.

Dazu gibt es bundesweit eine Vielzahl von Patenschafts- und Mentoringprojekten mit unterschiedlichen Zielen, Trägern und Aktivitäten. Seit 2008 begleitet die „Aktion zusammen wachsen“ die Arbeit dieser Projekte und gibt Impulse für die Gründung weiterer Projekte. Die besondere Qualität von Patenschafts- und Mentoringprojekten liegt im hohen Engagement und in der sozialräumlichen Vernetzung. Patenschaftsprojekte arbeiten dann besonders erfolgreich, wenn sie sich mit verschiedenen Akteuren wie Bildungseinrichtungen und Migrant*innenorganisationen vernetzen.

Landkreise, Städte, Stadtbezirke in Großstädten und Stadtstaaten sowie Gemeinden bieten als kompetente Ansprechpartner für Projekte vor Ort die beste Voraussetzung dafür, dass eine solche Vernetzung erfolgreich sein kann. Mit der Ausschreibung unterstützt die „Aktion zusammen wachsen“ den Aufbau lokaler Netzwerke. Ziel ist es, dass sich die kommunale Verwaltung und weitere Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zugunsten von Patenschafts- und Mentoringprojekten untereinander vernetzen, um bürgerschaftliches Engagement nachhaltig zu stärken. Bis zum 31. Dezember 2012 können sich alle Landkreise, Städte, Stadtbezirke in Großstädten und Stadtstaaten sowie Gemeinden bewerben, die in einem im Mikrozensus des Jahres 2010 ausgewiesenen Regierungsbezirk liegen, in dem mindestens 20 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben. Das Vorhaben ist mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund abgestimmt.

Ihre vollständig ausgefüllten Bewerbungsunterlagen zur Ausschreibung für den Aufbau lokaler Netzwerke können Sie über <http://www.aktion-zusammen-wachsen.de/ausschreibung/bewerbung.html> an die Bundesservicestelle der „Aktion zusammen wachsen“ schicken.

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, <http://www.aktion-zusammen-wachsen.de/ausschreibung.html>

Förderprogramm zur Auseinandersetzung mit Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft

Globale Migrationsbewegungen machen Deutschland zu einem Ein- und Auswanderungsland. Dies hat Auswirkungen auf die Erinnerungskultur in Deutschland, die sich für das 20. Jahrhundert stark auf der Geschichte des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur bezieht. Zunehmend werden hierzulande weitere Unrechts- und Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts erinnert: Kriege und Bürgerkriege, Vertreibungen, Verfolgung und Flucht, Völkermord, Kolonialismus, Diktaturen, Widerstand und Selbstbehauptung.

Die Stiftung EVZ fördert mit dem Programm GESCHICHTE(N) IN VIELFALT seit 2009 Bildungs- und Begegnungsprojekte zur Auseinandersetzung mit Erfahrungen von kollektiver Gewalt bzw. systematischem historischem Unrecht, die wenig beachtet, aber manchmal umstritten sind und das interkulturelle Zusammenleben belasten können. Die Stiftung EVZ will damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Erinnerungskultur in Deutschland leisten. Bildungseinrichtungen, Pädagog*innen und die Zivilgesellschaft sind daher gefordert, sich der kulturellen und historischen Vielfalt und unterschiedlichen Perspektiven zu öffnen.

Die Stiftung EVZ fördert Bildungs- und Begegnungsprojekte zu umstrittenen oder vernachlässigten Geschichtsbezug. Die Projekte sollen zu einer Kultur des Respekts und der gleichberechtigten Verständigung beitragen und ein friedliches Zusammenleben verschiedener Gruppen in Deutschland ermöglichen.

WAS WIRD GEFÖRDERT?

- Bildungs- und Begegnungsangebote, die vernachlässigte oder umstrittene Erfahrungen historischen Unrechts im Kontext der Migrationsgeschichte bearbeiten

- Unterstützt werden Personal- und Sachkosten

WER KANN SICH BEWERBEN?

- Zivilgesellschaftliche Initiativen und gemeinnützige Organisationen aus Deutschland

WAS SIND WICHTIGE FRISTEN?

- **Der Förderantrag muss bis zum 1. Februar 2013 (Poststempel) eingereicht werden.**

- Projekte können frühestens im Mai 2013 beginnen.

Die vollständige Ausschreibung und den Antragsvordruck finden Sie unter <http://www.stiftung-evz.de/projekte/geschichte/geschichten-in-vielfalt>.

Interessierte Antragsteller werden beraten. Die Entscheidung über Förderanträge trifft die Stiftung EVZ unter Berücksichtigung des Votums einer Fachjury.

Quelle: Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" <http://www.stiftung-evz.de/projekte/geschichte/geschichten-in-vielfalt>

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

BÜCHER

Kristin Helberg: **Brennpunkt Syrien. Einblick in ein verschlossenes Land.**

2012, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. Syrien versinkt in einem Bürgerkrieg, und es sieht nicht so aus, als ob ein baldiges Ende der Kämpfe zu erwarten sei. Die Journalistin Kristin Helberg zeichnet das Bild der schleichenden Vergiftung einer Gesellschaft, in der einmal das persönliche Lebensglück, die religiöse Toleranz und die Gastfreundschaft bestimmend waren.

Bestellung: www.bpb.de/shop

Bereitstellungspauschale: 4,50 Euro Bestellnummer: 1298
Quelle: Migration und Bevölkerung 09/2012

Familienzusammenführung / Visumverfahren

In folgenden Broschüren für die Beratungsarbeit wird die Familienzusammenführung Schritt für Schritt erklärt:

- * Visum nach der Heirat im Ausland
- * Visum für die Heirat in Deutschland
- * Heiraten mit Besuchsvisum und anschließende Familienzusammenführung
- * gemeinsames Kind ohne Heirat, Einreisevisum und Aufenthaltserlaubnis

Es werden alle Voraussetzungen erläutert wie Einkommensnachweis, Mindestgröße der Wohnung, Deutsch-Kurs und Deutsch-Zertifikat, Urkundenprüfung, Anerkennung einer ausländischen Ehe.

Es geht aber auch um Probleme wie die Scheinehe-Befragung, Ablehnung des Visum wegen Scheinehe, der Verdacht der "Scheinvaterschaft" und die Anfechtung einer Vaterschafts-Anerkennung durch die Behörde. Außerdem geht es um alles, was passiert, wenn eine Ehe scheitert: Eigenständiges Aufenthaltsrecht, Härtefallregelung, Trennung mit Ausreise, Androhung der Abschiebung.

Die Broschüre eignet sich auch für die (interne) Fortbildung oder als Material zu einer Weiterbildung.

Bestellungen über das Internet-Geschäft; www.brd-dritte-welt.de oder per E-Mail über Herrn Pohl, bestellung@gegenwind.info

Quelle: Infomail Thüringer Flüchtlingsrat 06.12.2012

Felicitas Hillmann, Anne v. Oswald, Andrea Schmelz (Hg.): **Migration neu denken – Migration in der Wirtschaftskrise.** Bd. 37, Nr. 1-2 (2012): Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. Online abrufbar unter: www.comparativepopulationstudies.de

Doug Saunders: **Mythos Überfremdung. Eine Abrechnung.** Blessing Verlag, Oktober 2012, 18,99 Euro, ISBN:978-3-89667-486-9. Derzeit verändert ein Hirngespinnst die politische Landschaft Europas: der Mythos der Überfremdung. Saunders' Abrechnung verfolgt die Herkunft sämtlicher Halb- und Unwahrheiten. Dabei wird erschreckend deutlich, dass Positionen, die noch vor ein paar Jahren als Parolen vom rechten Rand gegolten hätten, heute im Mainstream kultureller, politischer und sozialer Sichtweisen angekommen sind. www.randomhouse.de

Andreas Heinz, Ulrike Kluge (Hg.): **Einwanderung – Bedrohung oder Zukunft? Mythen und Fakten zur Integration.** Campus Verlag, Frankfurt, November 2012, 29,90 Euro, ISBN 978-3-593397597. Einwanderung als Bedrohung? Die Debatte über Thilo Sarrazins Thesen zur erblichen Intelligenz ethnischer Gruppen nehmen die Autorinnen und Autoren zum Anlass, neben der Frage der Genetik u. a. die Mythen zu Kriminalität, Integrationsbereitschaft und Wirtschaftsleistung von Migranten kritisch zu beleuchten.

Internetseiten

Leuchtturm-Projekte, Veranstaltungen, Dokumente und aktuelle Nachrichten rund um das Thema Integration – für Deutschland, die EU-Staaten und die Europäische Kommission – finden Sie auf der Europäischen Webseite für Integration (EWSI). Als Veranstalter oder Träger können Sie sich dort auch selbst registrieren und Ihre Ideen mit anderen Experten austauschen sowie Ihre eigenen Inhalte in einem europaweiten Expertennetzwerk streuen. Mehr unter: <http://ec.europa.eu/ewsi/de/index.cfm> Quelle: Migration und Bevölkerung 08/2012

Partizipative Internetplattform - ImmigrationPolicy2.0

Organisator: Europäisches Forum für Migrationsstudien
Auf der Webseite sollen verschiedene Akteure der Migrationspolitik – in Deutschland und den anderen Pilotländern Estland, Italien, Griechenland, Spanien und Serbien – migrationspolitische Themen anhand verschiedener Web2.0-Tools diskutieren und weiterentwickeln.
So sollen Bottom-up-Politikbildungsprozesse angestoßen und soll langfristig eine Harmonisierung von Migrationspolitik erreicht werden.
Webseite: <http://immigrationpolicy2.cs.unipi.gr>
Quelle: Migration und Bevölkerung 07/2012

Mediendienst

Der neu geschaffene Mediendienst Integration ist ein Service für Medienschaffende und andere Interessierte und bietet aktuelle Informationen rund um die Themen Migration, Integration und Asyl in Deutschland. Der Dienst arbeitet eng mit Wissenschaftlern zusammen und vermittelt Kontakte für die Berichterstattung. Kontakt: +49 (0)30 2007-6480 oder -6481 mail@mediendienst-integration.de, Ferda Ataman, Rana Göroglu <https://mediendienst-integration.de>
Quelle: Migration und Bevölkerung 10/2012

Zentrum für Integration und Migration des Landeshauptstadt Erfurt

Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund GmbH

Projekt Transfer und Bildung - TraBi 2020

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Thüringer Innenministerium

